

## Wie links stehen die Frauen bei der FDP? Ortsparteien mit hohem Frauenanteil tendieren zur Mitte

Von Hans Geser, Soziologisches Institut der Universität Zürich

Die FDP wird bei ihrer programmatischen und personellen Neuorientierung auf die Frauen im eigenen Lager Rücksicht nehmen müssen. Der Autor dieses Beitrags zeigt, dass die politische Positionierung in den FDP-Lokalsektionen stark vom jeweiligen Frauenanteil beeinflusst wird. Er stellt die These auf, dass die gegenwärtige Polarisierung im bürgerlichen Lager im Wesentlichen den Männern zuzurechnen ist.

Die sachpolitische Ausrichtung lokaler FDP-Sektionen wird relativ stark durch die Geschlechtszusammensetzung der Anhängerschaft (nicht der Aktivmitglieder) bestimmt. Während männerdominierte Gruppierungen konsistent rechtsbürgerliche Positionen vertreten, tendieren Parteien mit hohem Frauenanteil in vielen Sachfragen eher zur Mitte hin oder gar nach links. Am meisten sind dabei Einstellungen zu konkreten Fragen etwa in Sozial- und Umweltpolitik betroffen, die die unmittelbare Nahumwelt und alltägliche Lebensführung betreffen – im Gegensatz zu entfernt liegenden Problembereichen wie Finanzpolitik oder ordnungspolitische Fragen.

### Umfrage bei Lokalparteien

In verschiedener Hinsicht kann man heute feststellen, dass auch die den bürgerlichen Parteien angehörenden Frauen manch politisches Ziel mittrogen, das von den Frauen linker Parteien initiiert worden ist. Aufgrund ihrer homogenen gesamtschweizerischen Verbreitung eignet sich die FDP besonders gut für die Untersuchung der Frage, wie sich bürgerliche Parteien unter dem zunehmenden Einfluss weiblicher Partizipation verändern. Die nachfolgenden Ergebnisse stützen sich auf die Daten einer im Herbst und Winter 2002/03 am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführten Befragung bei Lokalparteien, in die alle (etwa 5000) Ortsparteien in den Gemeinden der Schweiz einbezogen worden sind (567 FDP-Sektionen haben geantwortet).

Für eine grosse Zahl von politischen Sachfragen mussten die Informanten angeben, ob innerhalb ihrer Gruppierung darüber eine überwiegend positive, negative oder geteilte Meinung bestehe. Die Werte variieren zwischen +100 (alle Sektionen zustimmend) und –100 (alle Sektionen ablehnend), während ein Mittelwert von 0 bedeuten kann, dass sich entweder zustimmende und ablehnende Sektionen die Waage halten oder dass überall geteilte Meinungen vorherrschend sind. Um den Einfluss des Geschlechts hervorzuheben, werden nachfolgend 57 Sektionen, die über 80 Prozent Männer aufweisen, mit den 27 Gruppierungen verglichen, in denen Frauen mindestens die Hälfte der gesamten Anhängerschaft stellen.

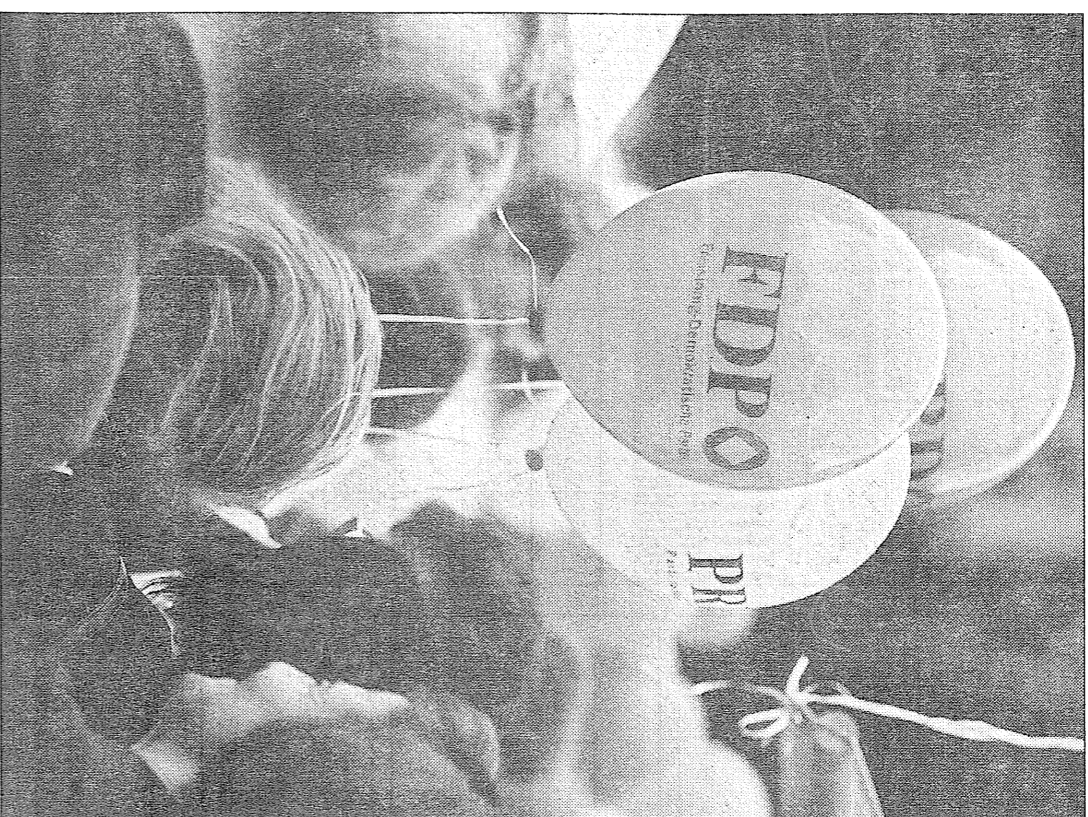
### Alltagsweltliche Betroffenheit

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die politischen Meinungsdivergenzen zwischen den Geschlechtern auf eine Vielzahl ganz unterschiedlicher sachpolitischer Fragen erstrecken. Am stärksten bezieht sich die Position der Partei gegenüber Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Wohnquartieren, wo sich die Tendenz der Frauen zeigt, der physischen Sicherheit ihrer Familienangehörigen gegenüber der Forderung nach «freier Fahrt für

### Kurzmeldungen

**Ein Geschäftsleiter für Brinig- und Engelberg-Bahn.** Der Direktor der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn (LSE), Christoph Tanner, wechselt auf den 1. April zu den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und übernimmt im Bereich Regionalverkehr die Leitung des Deutsch-landgeschäfts. Die Leitung der LSE übernimmt neu der Geschäftsführer der SBB-Brinighahn, Josef Langenegger. Die Personalunion ist ein Schritt hin zur Fusion der beiden Bahnen, die am 1. Januar 2005 vollzogen werden soll, wobei über die künftigen Besitzverhältnisse noch verhandelt wird (vgl. NZZ 5. 3. 04).

**Unterstützungsverstärken für Genfer Initiative.** Auf Einladung der Schweiz haben sich in Genf Vertreter von 24 Staaten mit palästinensischen und israelischen Initiativen der Genfer Initiative getroffen. Im Zentrum standen



Wohin die FDP-Frauen schauen: Event in Bern zu Beginn des eidgenössischen Wahlkampfs 2003 im vergangenen Juli. (Bild key)

freie Bürger» den Vorrang zu geben. Ähnlich alltagsweltlich-lebenspraktische Überlegungen mögen dafür verantwortlich sein, dass Frauen sehr viel stärker für den (weiteren) Ausbau öffentlicher Verkehrsverbindungen votieren.

Im Weiteren folgen die Mutterschaftsversicherung, zu der männerdominierte Sektionen eine leicht negative, von Frauen majorisierte Gruppierungen hingegen eine deutlich positive Meinung besitzen, sowie die generelle Einstellung zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik, wo mit wachsendem Frauenanteil das negative zu einem immerhin ambivalenten Meinungsbild mutiert. Analoges gilt für die Forderungen nach dem Ausbau von Arbeitnehmer- und Mieterrechten, wo sich die ablehnende Haltung ebenfalls auf von Männern dominierte Ortsparteien beschränkt. Eherlich moderater sind die Einstellungsdivergenzen bezüglich der Kindertagesstätten, zu denen offensichtlich auch Männer keine ausgeprägt negative Meinung haben, sowie des Ausstiegs aus der Kernenergie und der verbesserten Hilfe für Asylsuchende, wo sich der Grad der Ablehnung mit wachsendem Frauenanteil leicht reduziert.

Während auch die leicht positivere Einstellung zum EU-Beitritt und die grössere Zurückhaltung gegenüber einer generellen Liberalisierungspolitik konsistent ins Bild passen, werden überaus wesentliche andere politische Positionen offensichtlich kaum von den Geschlechterverhältnissen bestimmt. So besteht vor allem hohe Einigkeit

## Welsche Sezession – eine Chimäre Keine Rebellion im Westschweizer Freisinn

In den letzten Tagen war gelegentlich zu hören, die welschen Freisinnigen seien wegen der Neuorientierung der FDP Schweiz sehr verärgert, ja es drohe möglicherweise eine Absatzbewegung. Wer sich bei den Westschweizer Freisinnigen umhörte, stellt jedoch fest, dass es «den» welschen Freisinn gar nicht gibt – und dass von ernsthaften sezessionistischen Tendenzen nicht die Rede sein kann.

C. Bi. Lausanne, 12. März

Vor einer Woche, als der St. Galler Peter Weigel sein Interesse für das Präsidium der FDP Schweiz anmeldete und gewisse Medien bereits einen scharfen Rechtsrutsch der Landespartei in Freisinnigen denke ernsthaft über einen Austritt aus der Landespartei nach. Wie meist bei solchen Gelegenheiten wurden der Waadtländer Nationalrat Yves Christen wie auch sein Kollege Yves Guisan als mögliche Austrittskandidaten genannt. Und schon hiess es da und dort, im welschen Freisinn werde eine Dissidenz erwogen.

### Stürmchen im Wasserglas

Eine Woche später, nachdem der Zuger Rolf Schweizer sein Interesse für das Parteipräsidium bestätigt und Weigel seine Kandidatur zurückgezogen hat, ist auch dieses Stürmchen im Wasserglas bereits vorbei. Zwar ist noch im letzten «Fracs» von einer Rebellion der Welschen, der Frauen und der Liberalen zu lesen; was freilich die welschen Freisinnigen betrifft, kann man wohl sagen: «Aufstand nicht einmal geprobt und bereits abgeblasen.» Selbst jene welschen FDP-Koryphäen, die in regelmässigen Abständen verbale Aufstände veranstalten, scheinen inzwischen bemüht, die Wellen zu glätten – manch einer behelie sich in den letzten Tagen zu erklären, er könnte mit einem Präsidenten Schweizer eigentlich ganz gut leben. Natürlich wird der Rücktritt der Waadtländerin Christiane Langenberger vom Parteipräsidium nach wie vor bedauert und die Art und Weise, wie sie ging oder gehen musste, als nicht besonders elegant bezeichnet. Aber die Notwendigkeit einer neuen Führung und einer Neuausrichtung wird kaum angezweifelt.

Inzwischen räumen die meisten welschen Radikalen sogar ein, es sei gut, wenn der neue Präsident aus der deutschen Schweiz komme. Es ist überhaupt auffällig, dass auch in der Romandie zurzeit programmatische, nicht sprachregionale Überlegungen als vorrangig eingestuft werden. Allerdings fügen welsche Radikale im Gespräch darüber, den «Finanzplatz Schweiz» zu fördern, das Bankgeheimnis beizubehalten und auf eine Verringerung staatlicher Reglementierungen und Steuerbelastungen hinzuwirken. Ebenso werden die grundsätzlich zurückhaltende Einstellung zur Gewährung politischer Rechte an Ausländer und überraschenderweise die überwiegend positive Haltung gegenüber der Gleichstellungsstrategie durch den Frauenanteil nur unwesentlich berührt.

### Mehr Frauen – mehr Differenzen

Ein Vergleich der drei Sprachregionen zwingt zur Schlussfolgerung, dass sich der Linkseinfluss der Frauen vorwiegend auf die Deutschschweizer Kantone (und etwas abgeschwächt auf die Romandie) beschränkt. Die naheliegendste Erklärung besteht wohl darin, dass sich die relativ moderate «Linkstendenz» der FDP-Frauen vor allem in ausgesprochen rechtsorientierten Parteilicums auswirkt. So entsteht insgesamt der Eindruck, dass die Frauen in der FDP einen – zur momentanen Tendenz der Annäherung an die SVP konträren – Trend zur politischen Mitte hin geltend machen, der sich in der Tendenz auf zahlreiche, vor allem sozial- und ungewaltpolitische Entscheidungsfragen bezieht. Viele dieser Wirkungen werden allerdings erst spürbar, wenn die Frauen die absolute Mehrheit der Anhängerschaft bilden. Da seit 1989 bis heute nur eine kleine Minderheit von etwa sechs Prozent aller FDP-Ortsgruppen einen derart hohen Frauenanteil ausweist, wird die sachpolitische Meinungshoheit der Männer vorerst wohl gesichert bleiben.

## Welsche Sezession – eine Chimäre Keine Rebellion im Westschweizer Freisinn

In den letzten Tagen war gelegentlich zu hören, die welschen Freisinnigen seien wegen der Neuorientierung der FDP Schweiz sehr verärgert, ja es drohe möglicherweise eine Absatzbewegung. Wer sich bei den Westschweizer Freisinnigen umhörte, stellt jedoch fest, dass es «den» welschen Freisinn gar nicht gibt – und dass von ernsthaften sezessionistischen Tendenzen nicht die Rede sein kann.

C. Bi. Lausanne, 12. März

Vor einer Woche, als der St. Galler Peter Weigel sein Interesse für das Präsidium der FDP Schweiz anmeldete und gewisse Medien bereits einen scharfen Rechtsrutsch der Landespartei in Freisinnigen denke ernsthaft über einen Austritt aus der Landespartei nach. Wie meist bei solchen Gelegenheiten wurden der Waadtländer Nationalrat Yves Christen wie auch sein Kollege Yves Guisan als mögliche Austrittskandidaten genannt. Und schon hiess es da und dort, im welschen Freisinn werde eine Dissidenz erwogen.

Eine Woche später, nachdem der Zuger Rolf Schweizer sein Interesse für das Parteipräsidium bestätigt und Weigel seine Kandidatur zurückgezogen hat, ist auch dieses Stürmchen im Wasserglas bereits vorbei. Zwar ist noch im letzten «Fracs» von einer Rebellion der Welschen, der Frauen und der Liberalen zu lesen; was freilich die welschen Freisinnigen betrifft, kann man wohl sagen: «Aufstand nicht einmal geprobt und bereits abgeblasen.» Selbst jene welschen FDP-Koryphäen, die in regelmässigen Abständen verbale Aufstände veranstalten, scheinen inzwischen bemüht, die Wellen zu glätten – manch einer behelie sich in den letzten Tagen zu erklären, er könnte mit einem Präsidenten Schweizer eigentlich ganz gut leben. Natürlich wird der Rücktritt der Waadtländerin Christiane Langenberger vom Parteipräsidium nach wie vor bedauert und die Art und Weise, wie sie ging oder gehen musste, als nicht besonders elegant bezeichnet. Aber die Notwendigkeit einer neuen Führung und einer Neuausrichtung wird kaum angezweifelt.

Inzwischen räumen die meisten welschen Radikalen sogar ein, es sei gut, wenn der neue Präsident aus der deutschen Schweiz komme. Es ist überhaupt auffällig, dass auch in der Romandie zurzeit programmatische, nicht sprachregionale Überlegungen als vorrangig eingestuft werden. Allerdings fügen welsche Radikale im Gespräch darüber, den «Finanzplatz Schweiz» zu fördern, das Bankgeheimnis beizubehalten und auf eine Verringerung staatlicher Reglementierungen und Steuerbelastungen hinzuwirken. Ebenso werden die grundsätzlich zurückhaltende Einstellung zur Gewährung politischer Rechte an Ausländer und überraschenderweise die überwiegend positive Haltung gegenüber der Gleichstellungsstrategie durch den Frauenanteil nur unwesentlich berührt.

Im Weiteren folgen die Mutterschaftsversicherung, zu der männerdominierte Sektionen eine leicht negative, von Frauen majorisierte Gruppierungen hingegen eine deutlich positive Meinung besitzen, sowie die generelle Einstellung zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik, wo mit wachsendem Frauenanteil das negative zu einem immerhin ambivalenten Meinungsbild mutiert. Analoges gilt für die Forderungen nach dem Ausbau von Arbeitnehmer- und Mieterrechten, wo sich die ablehnende Haltung ebenfalls auf von Männern dominierte Ortsparteien beschränkt. Eherlich moderater sind die Einstellungsdivergenzen bezüglich der Kindertagesstätten, zu denen offensichtlich auch Männer keine ausgeprägt negative Meinung haben, sowie des Ausstiegs aus der Kernenergie und der verbesserten Hilfe für Asylsuchende, wo sich der Grad der Ablehnung mit wachsendem Frauenanteil leicht reduziert.

Während auch die leicht positivere Einstellung zum EU-Beitritt und die grössere Zurückhaltung gegenüber einer generellen Liberalisierungspolitik konsistent ins Bild passen, werden überaus wesentliche andere politische Positionen offensichtlich kaum von den Geschlechterverhältnissen bestimmt. So besteht vor allem hohe Einigkeit

Immerhin vermögten die Frauen vielerorts Sand ins Getriebe zu streuen, indem sie durch ihren Einspruch parteinterne Diskussionen über bisher Unbestrittenes erzwingen. Dies zeigt sich in unseren Untersuchungsgebühren beispielsweise darin, dass sowohl Sachentscheidungen wie Personalentscheidungen in frauenstarken Sektionen erheblich häufiger nicht einmütig, sondern durch Mehrheitsabstimmung getroffen werden.

Vergleiche mit der CVP und der SVP ze-

der weitaus deutlichste Fraueneinfluss besteht interessant ist vor allem der Befund, dass fast allenthalben Unterschiede zwischen den drei bürgerlichen Parteien verschwinden, wenn – was allerdings nur bei etwa fünf bis zehn Prozent der Sektionen der Fall ist – der Frauenanteil in der Anhängerschaft die 50-Prozent-Marke überschreitet. Dies legt den Schluss nahe, dass aktuelle Polarisierungen in bürgerlichen Lager vorwiegend von männlichen Geschlecht ausgeht werden und – etwas spekulativer – dass eventuell gar die SVP zu einer «Mittepartei» mutieren könnte, wenn es ihr «ge-lingen» würde, ihren momentan noch eher bescheidenen Frauenanteil zu erhöhen.

Für weitere Informationen [www.socio.ch/par/](http://www.socio.ch/par/)

### Anzeige

## Für die Sistering der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel

- Im Hinblick darauf, dass das Postulat „Sistering der Käufe von Militärgütern aus Israel“ am 17. März 2004 im Plenum des Nationalrats behandelt wird;
- Zutiefst besorgt über das Leiden und die Entbehrungen aller Völker, die vom sich fortwährend verschlimmernden Nahostkonflikt betroffen sind;
- Überzeugt davon, dass die Beachtung des humanitären Völkerrechts eine unabhängige Voraussetzung für den Beginn eines Friedensprozesses darstellt;

Rufen wir den Bundesrat dazu auf, die Käufe von Militärgütern aus Israel zu sistieren und die militärische Zusammenarbeit mit Israel einzustellen, sofern und solange Israel nicht bereit ist, seinen Verpflichtungen aus der Ratifikation der Genfer Konventionen nachzukommen.

Diese Geste würde ein kohärentes und glaubwürdiges Signal setzen für einen Friedensprozess, der auf dem Respekt vor den grundlegenden Rechten aller am Konflikt beteiligten Parteien basiert.

Abdel Hadri Firas, Zürich; Adler Jürg, Spiez; Amig Roland u. Claude, Zürich; Barozzi Mariela, Basel; Bader Gerz Gabry, Zürich; Bernowitz Shelley, Zürich; Bernoulli-Beyeler Gerold, Zürich; Bernoulli Peter Ernst, Zürich; Binz Anna, Niederemmenen; Born Lisbeth, Zürich; Cornaz Imritia, Bern; Cuervo Lini, Etingen; Daber Sami, Solothurn; Diener Michel, Rorschach; Dürmüller Urs u. Vreni, Bern; Egloff-Gisler Robert, Zürich; Engeloff Susanne, Kriens; Engel Anne, Rorschach; Erali Ruth, Rieneck; Frey Richard u. Rosmarie, Weizikon; Gerber-Berner Therese u. Hansueli, Mühlenthuben; Gessler Judith, Rheinfelden; Glor Bärbel u. Marie-Louise, Zürich; Guyer Hanspeter, Dürren, Hänggi Urs, Rheinfelden; Hayek John u. Ursula, Küssnacht; Hollenstein Ursula, Oberwil; Holt-Rauh Lydie u. Peter, Mur; Hong Parvass Thika, Jena; Janssen-Hui, Mathias; Bern; Jud Carmen, Bern; Keller Ursula, Bern; Kopp-Frosio Eva u. Paul, Kriens; Lanz-Hofer Katharina u. Reinhard, Brugg; Leicht-Blöchliger Jürg, Bern; Mann Sibylle, Spez; Meier Irene, Oberägeri; Meyer Billy, Basel; Meyer Valérie, Basel; Müller Franziska, Bern; Niedereman Thomas, Thun; Nikiti Nigiti Peter, Bern; Oechslin Hanspeter, Basel; Probst Susanna, Freudenfeld; Reinhardt Tatyana, Tel Aviv; Rohrbach Arthur, Freudenfeld; Ruy Benita, Bern; Schädelin Sarah, Bern; Schärer-Rieser

Nationale Spitzenpolitiker sind sich uneinig über die Chancen für eine neue Partei:

# Ein Nest für heimatlose Freisinnige.

**E**ine neue Partei in der Mitte? Ins Leben gerufen zum Beispiel durch FDPler und CVPler, die sich in ihrer Partei nicht mehr zu Hause fühlen? Die Köpfe, denen diese Idee entspringt, stammen aus der Romandie. Der Waadtländer FDP-Nationalrat Yves Christen ist einer von ihnen. Dieser Tage will er sich aber nicht allzu weit auf die Äste hinauswagen. Nur so viel sagt er auf Anfrage: «Wenn die FDP weiter nach rechts rutscht und ihre Minderheiten vernachlässigt, wäre dies möglich.» Leute wie sein Parteikollege Yves Guisan und er müssten sich «wehren dafür, dass die Partei einen anständigen Kurs hält». Bis eine neue Partei entstehen könne, wird Christens Einschätzung nach noch viel Wasser die Flüsse hinunterfliessen – «leider». Exponenten anderer Parteien schätzen die Lage ganz unterschiedlich ein. «Eine neue Partei halte ich für unmöglich», winkt etwa Philipp Stähelin ab. Der Ende Januar zurückgetretene Präsident der CVP glaubt, hier handle es sich um eine Idee von Politologen, die weit weg von der Praxis seien. Die Wogen in der FDP hätten sich bereits wieder geglättet, und in der CVP sehe er auch «kein Problem». Die einzige Schwierigkeit in der heutigen Parteienlandschaft sieht Stähelin in der zunehmenden Polarisierung. Doch dieser, so ist er überzeugt, «kann man nicht mit einer neuen Partei in der Mitte entgegenwirken».

## Hans-Jürg Fehr: Warum nicht?

Alles nur ein Hirngespinnst von Politologen also? Für SP-Präsident Hans-Jürg Fehr hängt alles davon ab, was dieser Tage und Wochen in der FDP geschieht. Sehr wahr-

scheinlich sei eine Parteiengründung zwar nicht, sagt er, aber auch nicht ausgeschlossen. Am ehesten könnten ihm zufolge heutige FDP-Vertreterinnen und Vertreter aktiv werden. In der Romandie gebe es einige prominente Freisinnige, die nicht akzeptierten, wenn Peter Weigelt neuer Parteipräsident würde: «Dies könnte den linken Flügel zum Alleingang bewegen, denn die Neubesetzung des Präsidiums ist ein Richtungsentscheid.» Inhaltlich müsste die neu entstehende Gruppierung das Schwergewicht auf gesellschaftsliberale Anliegen setzen, sagt Fehr. «Es müsste eine Partei sein, die nicht nur gegenüber der Wirtschaft liberal handelt, sondern auch in gesellschaftlichen Belangen – eine Partei, die sich für die Öffnung gegenüber Europa, für die Gleichstellung von Mann und Frau, für ausserfamiliäre Kinderbetreuung und fortschrittliche Drogenpolitik einsetzt.» Fehr glaubt nicht, dass eine solche Partei der SP das Wasser abgraben würde. Im Gegenteil: Sie würde den Sozialdemokraten zu mehr Chancen auf Bündnisse verhelfen. Sowohl die Initiative für eine neue Gruppierung als auch deren potenzielle Wählerschaft sieht er vor allem bei «heimatlosen Freisinnigen». Die CVP hingegen müsse zuerst «herausfinden, wer sie ist und ob es sie braucht». Ebenfalls gar nicht aus der Luft gegriffen ist die Idee der Neupartei für Anton Schaller. Der ehemalige Journalist war das Aushängeschild und letzter Präsident des Landesrings der Unabhängigen (LdU), der sich 1999 nach der Wahlniederlage auflöste. Bereits nach der Bundesratswahl vom 10. Dezember hatte Schaller in der «Sonntagszeitung» unter dem Titel «Eine neue Partei braucht

das Land» geschrieben, durch den Rechtsrutsch der FDP und die Strategielosigkeit der CVP entstehe in der Mitte «plötzlich ein weites Feld für eine neue Partei» – für eine neue sozialliberale Kraft. Und zwar als Zusammenschluss der «modernen, weltoffenen Geister» aus FDP und CVP. Auf diesen Artikel habe er unzählige Mails bekommen, sagt Schaller heute gegenüber dem «Stadtblatt». Von unzufriedenen Freisinnigen und Christdemokraten, von Lokalpolitikern und von auffallend vielen Wallisern.

## Schaller: Weigelt spaltet FDP.

Ob er allenfalls als treibende Kraft oder Berater in einer neuen Partei mittun würde, kann Schaller nicht beantworten: «Ich weiss es nicht so recht, aber der Druck auf mich von allen Seiten her wächst.» Ihm zufolge kranken FDP und CVP vor allem an der Spaltung in der EU-Frage, weshalb eine neue Bewegung «eine urbane Reformpartei mit Öffnung nach Europa» sein müsste. Eine Gründung von unten hält er jedoch für aussichtslos. Viel eher müssten sich je sechs bis sieben Nationalrats-Mitglieder aus FDP und CVP in einer neuen Fraktion finden, aus welcher dann eine neue Partei entstehen könne. Im Moment aber, so glaubt Schaller, werden sich die Freisinnigen nochmals zusammenschließen und «mit allen Mitteln flicken, wo's nur geht». Sollte sich Peter Weigelt intern durchsetzen, «dann wäre es gelaufen» und die Spaltung aktuell. Doch das hält er für unwahrscheinlich – «das wäre geradezu historisch».

Nicole Meier.

## Inhalt:

- 1 Front:** Eher eine Fusion.
- 3 Argumente:** Heimatlose.
- 4 Fundus:** Politologen.
- 7 Box:** Diebe geschnappt.
- 9 Kopfstand:** Stadt-Träume.
- 11 Fokus:** Wie weiter, Sulzer?
- 12 Mix:** Arch: Der Sieger.
- 15 Bildlegende:** Hochzeit.
- 16 Einblick:** Leben als Single.
- 19 Tagebuch:** Silvia Berri.
- 21 Carte blanche:** Das Idol.
- 22 Forum:** Angst vor Sprache.
- 26 Wintertour:** Von der Heide.
- 28 Agenda:** Veranstaltungen.
- 30 Werwaswo:** Nummern.
- 31 Faksimile:** Schlaraffia.
- 32 Basar:** Kauf und Tausch.
- 34 Kirchen:** Gottesdienste.
- 35 Hinschiede:** Beerdigungen.
- 39 Rückblitz:** Erb und Nazis.
- 40 Tour/Retour:** Esther Arnet.

**KRÄTTLI SPENGLER SANITÄR**

Martin Krättli  
eidg. dipl. Sanitär-Installateur  
Wülflingerstrasse 246  
8408 Winterthur  
T. 052 222 19 16, F. 052 222 58 37

Mitglied Schweizerischer Spenglermeister- und Installateur-Verband SSVV



**BM Schreinerei Müller AG**  
Innenausbau, Möbel, Küchen

*„My Home is my Castle“  
mit einer unserer neuen Haustüren!*

Schlachthofstr. 6 8406 Winterthur Tel. 052/203 80 44  
Ein Partner vom Möbelzentrum des Handwerks

**Gasthof Adler**

Familie Frei  
8476 Unterstammheim • Tel. 052 745 14 71  
[www.gastlicheradler.ch](http://www.gastlicheradler.ch)

**Urgrosis-Chuchi-Chäschтли**  
Gerichte mit nostalgischem Charme  
sowie gubürgerliche und fleischlose Köstlichkeiten

Mittwoch und Donnerstag geschlossen

# Neue Partei: «Keine dumme Idee.»

Der Freisinn und die Christdemokraten sind geschwächt und auf der Suche nach Inhalten. Ist die Zeit also reif für eine neue Mittepartei, die für die Wählerschaft attraktiver ist als die beiden schwadronierenden Traditionsparteien? Hier und dort ertönen Rufe nach einer Alternative zu den Mitteparteien. Wie realistisch die Neugründung einer Partei für die Mitte ist, unter welchen Voraussetzungen sie entstehen könnte und wie sie sich positionieren würde: die Einschätzung der Politologen.

Der Ruf nach einer neuen Partei der Mitte tönt zwar verhalten, aber er ist da. Nachdem der Politologe und Leiter des GfS-Forschungsinstitutes bereits im Dezember öffentlich von der möglichen Neugründung einer Partei gesprochen hat, äusserte am vergangenen Sonntag auch der FDP-Nationalrat Yves Guisan, dass er sich eine neue politische Bewegung in der Romandie vorstellen könnte. Ist eine neue Partei Wunschdenken von Politologen und einiger enttäuschter Romands aus FDP und CVP oder ist es eine Alternative zu den schwachen Mitteparteien FDP und CVP?

## Baldige Weichenstellung.

Longchamp formuliert mittlerweile vorsichtiger, was die Entstehung einer sozialen Bewegung bis hin zu einer neuen Partei betrifft: «Es gibt dahingehende Bestrebungen von einzelnen Parlamentariern aus der Westschweiz, und es gibt Bestrebungen rund um den ehemaligen LDU-

Präsidenten Peter Schaller.» Wie wahrscheinlich eine Neugründung sei, wäre eine andere Frage. Sicher einmal müssten nach seiner Ansicht folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Entweder eine erhebliche Wahlniederlage von FDP und CVP in den Kantonen oder eine deutliche Abspaltung von Politikern dieser Parteien. «Sollte wirklich eine wichtige Gruppe abspringen, würden das zuerst Personen aus der Romandie sein oder ein Teil der Frauen.» Nach seiner Einschätzung ist man heute aber noch nicht so weit: «Es gibt noch kein Dutzend, das abspringen will; es sind bloss einzelne.» Nach Longchamps Prognose wird es in den kommenden sechs Monaten eine Weichenstellung geben. Als wegweisend bezeichnet er sowohl die kantonalen Wahlen als auch die Abstimmungsergebnisse vom 16. Mai. Bei den kantonalen Wahlen, angefangen in St. Gallen und Uri, werde man genau hinschauen müssen, ob sich nicht die SVP zur

grossen Konkurrentin der FDP etabliert. «In sechs Monaten werden wir mehr wissen.» Auch der 16. Mai soll etwas Klarheit schaffen: «Werden Steuerparket sowie die 11. AHV-Revision angenommen und die Mehrwertsteuer abgelehnt – also ein rechtes Szenario –, würde das ohne Zweifel dazu führen, dass sich die FDP noch mehr der SVP annähert. Das würde den Druck auf den Bundesrat erhöhen und in der Parteienlandschaft wohl eine Gegenbewegung auslösen.» Unter diesen Voraussetzungen fände die Gründung einer neuen Partei eher statt. Wird hingegen alles abgelehnt, wird der Bundesrat weiterhin eher im Zentrum politisieren. «Heute haben wir einen Bundesrat, der rechts von der Mitte politisieren könnte. Aber es herrscht nicht die Stimmung dazu! Diese rechte Grundstimmung wurde herbeigeredet, aber sie ist einfach nicht da. Es stimmt auch nicht, dass die Mitte geschwächt ist – heute gibt es praktisch gleich viele Mittewählende wie vor fünf Jahren, rund 35 Prozent» Geschwächt seien bloss die politischen Repräsentanten.

## Wie sieht die neue Partei aus?

Falls eine neue Partei denn doch gegründet würde, könnte sie nach Longchamps Einschätzung etwa so aussehen: Sie müsste klar zum Ausdruck bringen, dass sie eine Regierungspartei sein will und dass sie zur Konkordanz steht. «Sie sollte sachorientierter politisieren und weniger stark personenorientiert. Zudem müsste sie dem Charakter der Zentrums politik mehr Ausdruck geben.» Eine Fortsetzung der Landesring-Politik sei gar nicht nach Longchamps Vorstellungen: «Der LDU ist als Oppositionspartei gegen die Konkordanz entstanden. Genau das brauche es nicht.» Von der Weltanschauung her könne es hingegen sehr wohl sein, dass eine neue Partei sich im Spektrum des ehemaligen LDU bewegen würde: modern und sozialliberal. Aber: «Wir brauchen eine Partei, die klar Regierungspolitik betreibt und das bürgerliche Zentrum stärken will.» Weitere Stichworte zu den politischen Inhalten: mehr Ethik in der Wirtschaft, vernünftigeres Verhältnis zum Ausland, Arrangement mit der EU,

Lob:

Der Verein Pro Südumfahrung, der sich nach eigenen Angaben für eine möglichst rasche Realisierung einer Südostumfahrung stark macht, fordert ein Nacht- und Wochenendfahrverbot über die Breite. Dass die im Verein vertretenen bürgerlichen Parteien und Automobilverbände Freude an dieser Forderung haben, ist nicht anzunehmen. Wie sich nun aber offenbart, zeigt einzig die Junge SVP Rückgrat und zieht ihre politische Haltung konsequent durch. Sie tritt aus dem Verein aus, weil der immer mehr zu einem Anhängsel der Interessensgemeinschaft Breite werde. Wie die Junge SVP in einem Communiqué schreibt, distanzieren sich die Jungpartei von Vereinen, welche sich nur für das Wohl eines einzelnen Wohngebietes einsetzen, anstatt für jenes der ganzen Stadt. rü.

gesellschaftspolitisch ein eher liberales Programm, eine vernünftige Ausländer- und Asylpolitik.

«Es gibt keine Basis.»

Am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern glaubt man nicht an die Gründung einer neuen Partei. «Ich bin sehr skeptisch», sagt der Berner Politologe Hans Hirter. Und zwar deshalb, weil das für heutige FDP- und CVP-Mitglieder heissen würde, dass sie erst einmal abspringen müssten; «und das ist nicht attraktiv». Die Erfahrung zeige, dass neue Parteien eigentlich nicht in der Mitte entstünden, sondern links und rechts aussen. Sollte tatsächlich der Hardliner Weigelt zum neuen Präsidenten werden und die Partei «ganz nach rechts rücken», würden nach Hirters Ansicht wohl einzelne Kantonalparteien aus der Partei austreten. «Es wird aber nie eine Masse sein, die die Partei verlässt.» Und so fehle die Basis für eine neue politische Kraft. Wahrscheinlicher scheint Hirter, dass sich die FDP wieder fangen wird: Sie dürfte sich dann zwar stärker rechts positionieren, «aber so, dass auch der linke Flügel noch Platz hat». Für die CVP erwartet er eine ähnliche Entwicklung: Etwas prononcierter dürfte sie werden. Alles in allem, so Hirters Prognose, werde die Mitte wohl nach wie vor von CVP und Freisinn abgedeckt werden. Ähnlich skeptisch auch die Einschätzung der Politologin Regula Stämpfli. Sie arbeitet als Politikwissenschaftlerin in Brüssel und Bern. «Die Gründung einer neuen Mittepartei schliesse ich für die kommende Legislatur sicher aus.» Klar sei, dass sich CVP und FDP Gedanken machen müssten, wie sie sich jeweils als grosse Traditions- und Volksparteien in der neuen polarisierten Landschaft positionieren können. Auch Stämpfli sieht gute

Chancen, dass sich die FDP wieder fängt. Die nötige Rezeptur? «Es gibt innerhalb der FDP Bestrebungen, die Partei im Sinne einer Rückführung auf die klassischen liberalen Ideale zu erneuern.» Ein Modernisierungsprogramm, welches sich an die freiheitlichen Traditionen erinnert und wie es beispielsweise in den USA praktiziert und gelebt wird, wäre für die FDP auch in der Schweiz wählerattraktiv.» Die FDP würde in ihren Augen gut daran tun, etwas langfristiger und programmorientierter zu arbeiten und besser politisch zu kommunizieren. «Dass dies die Freisinnigen in einer neukonstruierten Partei besser könnten als in einer reformorientierten FDP, ist wenig einsichtig.» Als politische Inhalte könnte sich Stämpfli etwa die Reform des Stiftungsrechts vorstellen oder die nationale Erbschaftssteuer, die Einrichtung von Tagesschulen oder die Zurückbindung der Steuerprogression. «Das könnte der FDP durchaus als Modernisierungspartei zwischen den klassischen Polen links-rechts positionieren.» Allerdings zeige das Beispiel Deutschland, wie schwer sich der Freisinn europaweit damit tue, seine Stellung zwischen zwei Parteien zu halten. Man dürfe aber nicht vergessen, dass der Freisinn in der Schweiz eine lange Tradition habe. «Ich glaube, dass der Freisinn durchaus ein Erneuerungspotenzial hat.» Auch für den Zürcher Politologen Andreas Ladner ist es unwahrscheinlich, dass mittelfristig eine neue Partei entstehen wird. «Was nötig wäre, ist nicht unbedingt das Realistischste.» Eine neue Partei der Mitte sei keine dumme Idee; allerdings werde sie schon seit einigen Jahren immer wieder diskutiert. «Aber ich bin sehr skeptisch, dass sich Leute finden lassen, die so etwas auf die Beine stellen wollen und können.» Er zweifelt daran, dass man genügend Zugpfer-

de finden werde: «Dazu braucht es Personen, die keine Angst davor haben, ihre politische Zukunft zu gefährden. In der Regel wollen Politakteure ihre Chance nicht schmälern, dass sie wiedergewählt werden.» Zu gross sei das Risiko, dass man mit einer neuen, unbekannteren Partei einen Sitz verliert. «Man muss ihnen etwas versprechen können. Im Moment ist nicht absehbar, wie gross dieses Potenzial ist.»

Für eine starke Wirtschaft.

Wenn überhaupt, so glaubt auch Ladner, könne sich eine neue Partei höchstens aus einem En-bloc-Übertritt ergeben. Eine homogene, schlagkräftige Gruppe von Personen, die dafür in Frage kämen, sei aber noch nicht in Sicht. Eher erwartet er, dass die Parteien wieder eine Form von Zusammenleben finden. «Und dann werden sie sich in vier Jahren wundern, dass es doch nicht so richtig funktioniert hat.» Die Neubildung einer Partei sei keine einfache Sache – wenn es denn doch dazu kommen sollte, sieht der Zürcher Politologe Bedarf an einer Partei, die die Wirtschaft unterstützt, aber nicht nach reiner Shareholder-Logik: «Man müsste eine nachhaltigere Wirtschaft propagieren.» Sie dürfte kompetitiv sein, müsste aber in einem volkswirtschaftlichen Kontext auch die volkswirtschaftliche Verantwortung tragen. «Eine Partei für eine starke Wirtschaft, die sich bei Strukturbereinigungen aber auch um Arbeitsplätze kümmert. Die Leute wollen erklärt haben, warum die Banken hohe Gewinne machen und dennoch Mitarbeitende entlassen», sagt Ladner. Hier bräuchte es einen anderen Umgang. «Im Moment halte ich es für durchaus sinnvoll, eine neue Partei als Alternative zu propagieren.»

Marion Eberhard.

Tadel:

Schelte für die Zerstörungen im Sulzer-Hochhaus durch dessen autonome Besetzer gibt es nicht nur von Stadtrat, Parteien und Hausbesitzer Stefanini. Auch in der linksautonomen Szene werden die Randalierer getadelt. Auf der einschlägigen Website www.indymedia.ch schreibt ein Kritiker: «Wenn ihr doch ehrlich seid, habt ihr drei Tage lang gekifft, gesoffen und dazu Punk-Musik gehört (...) Mehr war's nicht.» Und unter dem Pseudonym Schliermer Chindä meint ein anderer, im Hochhaus habe «eine Horde besoffener Babypunks die autonome Subkultur (...) benutzt, um ihr leeres Gehirn zu präsentieren». Sie oder er folgert: «Was spricht dagegen, diese Vollidioten aus unseren Demos usw. zu entfernen und diesen hirnlosen Vandalismus abzuklemmen?» nm.

